

Ein Sonderausschuss des Nationalen Sicherheitsrates der USA berät über "Hilfen" für die syrische Opposition.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 002/12 – 02.01.12

Die Obama-Administration bereitet sich insgeheim darauf vor, der syrischen Opposition zu helfen

Von Josh Rogin

Foreign Policy, 28.12.11

(http://thecable.foreignpolicy.com/posts/2011/12/28/obama_administration_secretly_preparing_options_for_aiding_the_syrian_opposition)

Da die Spirale der Gewalt in Syrien außer Kontrolle zu geraten droht, beraten führende Vertreter der Regierung des Präsidenten Barack Obama insgeheim über Möglichkeiten, der syrischen Opposition Hilfe zukommen zu lassen; neben der Vorbereitung einer umfassenden diplomatischen Initiative wird auch die eher unwahrscheinliche Option der Errichtung einer Flugverbotszone über Syrien durchgespielt.

Kritiker aus dem US-Kongress werfen der Obama-Regierung vor, zu langsam auf die sich schnell verschlimmernde Sicherheitslage in Syrien zu reagieren, die nach Aussage des UN-Hochkommissars für Menschenrechte bereits mehr als 5.000 Menschen das Leben gekostet hat. Viele Abgeordnete sind der Meinung, das Weiße Haus "greife wieder zu spät ein", während Türken, Franzosen und die Arabische Liga – die in dieser Woche eine Beobachter-Delegation nach Syrien entsandt hat – mit einer aggressiveren Strategie initiativ geworden seien und Druck auf das Assad-Regime ausübten. **US-Offizielle erklärten, man agiere so vorsichtig, um eine weitere Destabilisierung Syriens zu verhindern, und um möglichst viel über die sich in Syrien entwickelnde komplexe Dynamik zu erfahren, bevor man sich stärker engagiere.**

Die US-Regierung hält die derzeitige Situation in Syrien für unhaltbar. Das Regime Bashar al-Assads sei bereits "dem Untergang geweiht", hatte Fred Hof, ein Mitarbeiter des US-Außenministeriums schon Mitte Dezember erklärt. **Der US-Regierungsapparat befasst sich jetzt wieder mit dem Problem. Nachdem mehrere Wochen lang keine hochrangigen Sitzungen zu der Syrien-Krise stattgefunden haben, hat der National Security Council / NSC (der Nationale Sicherheitsrat, s. http://de.wikipedia.org/wiki/Nationaler_Sicherheitsrat_der_Vereinigten_Staaten) in aller Stille interne Beratungen über die Optionen begonnen, die für Hilfeleistungen an die syrische Opposition zur Verfügung stehen; das wurde Cable (der Website des Magazins Foreign Policy) von zwei Regierungsvertretern bestätigt.**

An den Beratungen, die von Steve Simon, dem Ersten Direktor des NSC geleitet werden, nehmen nur einige, speziell dafür ausgewählte Mitarbeiter des Außen-, Verteidigungs- und Finanzministeriums und anderer relevanter Behörden teil. Die Gruppe ist ungewöhnlich klein, vermutlich um zu verhindern, dass Informationen an die Medien durchsickern, und die Regierung verzichtet auch auf die sonst übliche Einbeziehung des Interagency Policy Committee / IPC, des Deputies Committee / DC und des Principals Committee / PC (Infos über die Arbeit des NSC und die genannten Committees s. <http://www.ndu.edu/icafo/oureach/publications/nspp/docs/icafo-nsc-policy-process-report-10-2010.pdf>). Eine weitere Schlüsselfigur bei den Beratungen ist Fred Hof, der in ständigem Meinungsaustausch mit Führern der syrischen Opposition und Verbündeten der USA steht.

Zu den diskutierten Optionen gehören die Schaffung eines humanitären Korridors oder einer Sicherheitszone für Bürger Syriens entlang der türkischen Grenze, die Ausweitung der humanitären Hilfe für die syrischen Rebellen, medizinische Hilfe für syrische Kliniken, die Intensivierung der Kontakte zur internen und externen syrischen Opposition, die Bildung einer internationalen Kontaktgruppe oder die Ernennung eines speziellen Beauftragten, der die Zusammenarbeit mit der syrischen Opposition koordiniert – wie das im Falle Libyens geschehen ist; das berichteten zwei Offizielle, die beide über den Inhalt der Beratungen informiert sind, aber nicht an ihnen teilnehmen.

"Der interministerielle Ausschuss, der die Optionen für Syrien untersucht, hat seine Arbeit gerade erst aufgenommen," teilte einer der Offiziellen mit. "Es gibt viele Leute in der Regierung, die den gegenwärtigen Zustand für untragbar halten, und die Einsicht wächst, dass die auferlegten finanziellen Sanktionen das syrische Regime in naher Zukunft nicht zum Einsturz bringen können."

Nach der Verhängung mehrerer finanzieller Sanktionsrunden gegen die Führung des syrischen Regimes werde jetzt eine stärkere direkte Unterstützung der syrischen Opposition erwogen. Der Beratungsprozess dauere noch an, und der NSC habe das Außen- und Verteidigungsministerium beauftragt, in naher Zukunft Vorschläge zu unterbreiten, es sei aber noch nichts entschieden worden, ließen die Offiziellen durchblicken; einer von ihnen äußerte gegenüber Cable, die Regierung gehe aus Sorge um die weitere Entwicklung in Syrien bewusst sehr vorsichtig vor.

"Wegen der äußerst weitreichenden Implikationen des syrischen Problems sind die Leute sehr vorsichtig," meinte der Offizielle. "Die Kritiker werfen uns vor, wir täten nicht genug, um den bestehenden Zustand zu ändern und hielten uns zu sehr zurück. Gründe für unsere Zurückhaltung sind aber die möglichen Implikationen, die (auch wegen der russischen Marinebasis in dem syrischen Hafen Tartus) sehr weitreichend sein könnten."

Ein Machtvakuum in Syrien, nicht länger bewachte (biologische oder chemische) Massenvernichtungswaffen, eine Flüchtlingswelle und Unruhen in der gesamten Region seien nur einige der Probleme, die aus dem Zusammenbruch des Assad-Regimes erwachsen könnten, äußerten die beiden Offiziellen.

"Das läuft nicht so wie in Libyen. Was in Libyen möglich war, lässt sich nicht ohne Weiteres auf Syrien übertragen. Dort sind die Risiken höher," sagte ein Offizieller. "Zur Zeit schätzen wir die Risiken voreiligen Handelns größer ein als die Risiken zurückhaltenden Vorgehens."

Die Einrichtung eines humanitären Korridors wird als äußerst unwahrscheinlich angesehen, weil dazu die Errichtung einer Flugverbotszone über Teilen Syriens notwendig wäre, die aber nur nach groß angelegten Angriffen auf die syrische Luftverteidigung und das militärische Kommando- und Kontrollsystem Syriens erfolgen könnte.

"Das ist zwar theoretisch eine der möglichen Optionen, sie ist aber so risikobehaftet, dass im Moment niemand ernstlich darüber nachdenkt," erläuterte ein anderer Regierungsvertreter.

Obwohl die syrische Opposition in dieser Frage zerstritten ist, hat Burhan Ghalioun, der Präsident des Syrian National Council / SNC (des Syrischen Nationalrates, s.

http://de.wikipedia.org/wiki/Syrischer_Nationalrat) im Dezember die internationale Gemeinschaft zur Durchsetzung einer Flugverbotszone über Syrien aufgefordert.

"Unser Hauptziel ist es, die Zivilbevölkerung zu schützen und die Tötungsmaschinerie zu stoppen," hatte Ghalioun erklärt. "Nach unserer Meinung ist das Regime nur durch harte Maßnahmen zur Respektierung der Menschenrechte zu zwingen."

Wollen die USA nur bellen, aber nicht beißen?

Bisher ist die US-Regierung nur rhetorisch aktiv geworden: Sie hat den syrischen Präsidenten Bashar al-Assad zum Rücktritt aufgefordert und die Respektierung der Rechte der syrischen Demonstranten gefordert, aber bisher keine Schritte zur Durchsetzung dieser Forderungen angekündigt. "Die USA glauben auch weiterhin, dass die von der syrischen Bevölkerung geforderten Änderungen nur dann durchzusetzen sind, wenn Bashar al-Assad seine Macht abgibt," erklärte Jay Carney, ein Sprecher des Weißen Hauses am 21. Dezember.

Am Dienstag, dem 27. Dezember, deutete die US-Regierung härtere Aktionen für den Fall an, dass die syrische Regierung die Arbeit der Beobachter der Arabischen Liga behindere. "Wenn das syrische Regime fortfährt, sich den Schlichtungsbemühungen der Arabischen Liga zu widersetzen und sie zu ignorieren, wird die internationale Gemeinschaft andere Mittel in Erwägung ziehen, um die syrische Bevölkerung zu schützen," erklärte Mark Toner, der Sprecher des US-Außenministeriums.

Der SNC, die wichtigste Organisation der syrischen Opposition, hat klargemacht, dass er von den USA und der internationalen Gemeinschaft mehr als rhetorische Unterstützung erwartet. In einem umfangreichen Papier mit dem Titel "Eine Sicherheitszone für Syrien", das SNC-Mitglied Ausama Monajed vorgelegt hat, wird eine bewaffnete Intervention der internationalen Gemeinschaft zum Schutz der syrischen Bevölkerung gefordert.

"Der Syrian National Council / SNC sieht die syrische Revolution in einer kritischen Phase, weil der andauernde passive Widerstand gegen ein außergewöhnlich brutales und rücksichtsloses Regime immer mehr zu einem Massenselbstmord wird," heißt es in dem Papier.

Nach Aussage von Offiziellen wollen die USA nicht zu eng mit dem SNC zusammenarbeiten: Es wird bezweifelt, dass der SNC, der stark von Exil-Syryern beeinflusst wird, die volle Unterstützung der internen syrischen Opposition hat. Die USA scheuen auch davor zurück, die Syria Free Army, die sich aus desertierten syrischen Soldaten und bewaffneten Zivilisten zusammensetzt, zu unterstützen (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP19711_021111.pdf); sie wollen nicht in eine (offene) militärische Konfrontation mit dem Regime geraten, weil Assad das für seine eigene Propaganda ausnutzen könnte.

Nach Aussage von Offiziellen gab es auch bürokratische Verwicklungen (in den USA selbst). Als im Sommer 2011 in einem interministerieller Ausschuss über medizinische Hilfe für Syrien diskutiert wurde, hätten juristische Bedenken eine Entscheidung verhindert. Deshalb habe es keine medizinischen Hilfslieferungen gegeben.

Zur Zeit gibt sich die US-Regierung damit zufrieden, dass die Arabische Liga Beobachter entsandt hat, und will abwarten bis deren für 20. Januar 2012 angekündigter Bericht vorliegt. Die US-Regierung hofft nach Aussage von Offiziellen auf der

Grundlage dieses Berichtes Ende Januar eine neue diplomatische Initiative im UN-Sicherheitsrat starten (und eine Resolution durchsetzen) zu können, in der Assad verurteilt wird und direkte Hilfen für die syrische Opposition beschlossen werden.

Die Offiziellen gaben zu bedenken, dass diese neue Initiative wegen der russischen Unterstützung für das Assad-Regime auch scheitern könnte. Wenn das der Fall sein sollte, werde die US-Regierung mit Verbündeten wie Frankreich und der Türkei auf eigene Verantwortung mit einer nichtmilitärischen humanitären Aktion in Syrien eingreifen, gestützt auf den Bericht der Arabischen Liga und andere unabhängige Berichte über Menschenrechtsverletzungen des Assad-Regimes. Weil dieser Prozess Wochen dauern könne, werde es materielle Hilfe der USA für die syrischen Opposition wahrscheinlich frühestens Ende Februar, Anfang März geben. In der Zwischenzeit könnten in Syrien aber erneut Hunderte oder sogar Tausende Menschen sterben.

Außerdem gibt es in der US-Regierung unterschiedliche Meinungen über die Glaubwürdigkeit und die Objektivität der Beobachter der Arabischen Liga.

"Das ist aber primär ein arabisches Problem, die Arabische Liga hat jedenfalls seit langer Zeit wieder einmal eine eigene Initiative ergriffen," meinte einer der Regierungsvertreter.

"[Die Beobachter-Mission der Arabischen Liga] ist doch nur 'Kabuki-Theater' (s. dazu <http://de.wikipedia.org/wiki/Kabuki>)," äußerte ein anderer Regierungsmitarbeiter, der nicht mit Syrien beschäftigt ist. "Wir setzen die Schwelle [für ein Eingreifen in Syrien] absichtlich so hoch, um den jetzigen Zustand zu erhalten, also nichts zu tun."

Andrew Tabler, ein Mitarbeiter des Washington Institute for Near East Policy (Infos dazu s. http://de.wikipedia.org/wiki/Washington_Institute_for_Near_East_Policy), sagte, die US-Regierung sei überrascht worden, weil sich die (syrische) Opposition so schnell militarisiert habe. Man habe die Oppositionellen gedrängt, gewaltlos zu bleiben, aber dieser Zug sei jetzt abgefahren.

"Wir möchten die Syria Free Army eigentlich nicht direkt unterstützen, weil wir uns (mit syrischen Oppositionellen?) darüber einig waren, dass friedliche Demonstrationen dem Regime moralisch überlegen seien und mehr Zulauf aus der Bevölkerung bekämen," sagte er. "Es gab aber kein klares Ziel für diese friedliche Protest-Strategie. Wir nahmen irrtümlich an, der zivile Widerstand der syrischen Opposition werde zu einem ähnliche Ergebnis wie in Ägypten und Tunesien führen; das ist aber nicht geschehen."

Die meisten Experten in Washington stehen der Beobachter-Mission der Arabischen Liga sehr skeptisch gegenüber. Erstens wird sie von dem sudanesischen General geführt, dem vorgeworfen wird, die arabischen Milizen gegründet zu haben, die Darfur (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Darfur-Konflikt>) verwüstet haben. Außerdem wird bezweifelt, dass die 150 Beobachter, die von Syrien zugelassen wurden, die große Anzahl von Protesten in dem riesigen Land angemessen beurteilen können.

Das Assad-Regime wurde auch beschuldigt, die Beobachter-Mission durch die Verlegung politischer Gefangener in Militärlager, die den Beobachtern verschlossen bleiben, behindern zu wollen; außerdem sollen Panzer aus von den Beobachtern besuchten Städten abgezogen und Soldaten als Polizisten ausgegeben worden sein, um die Rolle des Militärs bei der Niederschlagung der Proteste herunterzuspielen.

"Es ist ziemlich riskant, wenn die USA alle Hoffnungen auf diese Mission (der Arabischen Liga) setzen," erklärte Toni Badran, ein Forschungsmitarbeiter der konservativen Foundation for Defense of Democracies (der Stiftung zur Verteidigung der Demokratien, s. http://en.wikipedia.org/wiki/Foundation_for_Defense_of_Democracies). "Das war von Anfang an keine ernstzunehmende Initiative."

Nach Badrans Meinung gibt diese Mission der Arabischen Liga dem Assad-Regime nur mehr Zeit und Raum zum Manövrieren und liefert Russland eine weitere Ausrede zur Verzögerung internationaler Aktionen gegen Syrien.

"Jetzt verstehen Sie wohl auch, warum die Russen die Syrer gedrängt haben, die Beobachter zu akzeptieren," fügte er hinzu. "Damit kann Syrien den (internationalen) Einigungsprozess verzögern."

Brian Katulis, ein führender Mitarbeiter am Center for American Progress (am Zentrum für den Fortschritt in den USA, s. http://de.wikipedia.org/wiki/Center_for_American_Progress) erklärte, die US-Regierung versuche, zwischen dem Schutz der Zivilbevölkerung und der Stabilität Syriens abzuwägen.

"Am wichtigsten sind intensive Beratungen mit möglichst vielen unserer Verbündeten. Das ist ein weiteres Anliegen dieser Regierung," ergänzte Katulis. "Wenn es in Syrien zu Veränderungen kommt, müssen die Syrer sie auch akzeptieren."

Tommy Vietor, der Sprecher des NSC (der USA) wollte keine Stellungnahme abgeben.

(Wir haben den Artikel aus dem von Samuel Huntington, dem Autor des Buches "Kampf der Kulturen", gegründeten, der Washington Post nahestehenden US-Magazin Foreign Policy komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern und Hervorhebungen versehen. Sein Autor sähe es offensichtlich viel lieber, wenn die USA schon früher eine härtere Gangart gegen Syrien eingeschlagen hätten. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



Obama administration secretly preparing options for aiding the Syrian opposition

Posted By Josh Rogin
December 28, 2011

As the violence in Syria spirals out of control, top officials in President Barack Obama's administration are quietly preparing options for how to assist the Syrian opposition, including gaming out the unlikely option of setting up a no-fly zone in Syria and preparing for another major diplomatic initiative.

Critics on Capitol Hill accuse the Obama administration of being slow to react to the quickening deterioration of the security situation in Syria, where over 5,000 have died, according to the U.N. High Commissioner for Human Rights. Many lawmakers say the White House is once again "leading from behind," while the Turks, the French, and the Arab League -- which sent an observer mission to Syria this week - take the initiative to pursue more aggressive strategies for pressuring the Assad regime. But U.S. officials said that they are moving cautiously in order to avoid destabilizing Syria further, and to make sure they know as much as possible about the country's complex dynamics before getting more involved.

But the administration does see the status quo in Syria as unsustainable. The Bashar al Assad regime is a "dead man walking," State Department official Fred Hof said this month. So the administration is now ramping up its policymaking machinery on the issue. After several weeks of having no top-level administration meetings to discuss the Syria crisis, the National Security Council (NSC) has begun an informal, quiet interagency process to create and collect options for aiding the Syrian opposition, two administration officials confirmed to The Cable.

The process, led by NSC Senior Director Steve Simon, involves only a few select officials from State, Defense, Treasury, and other relevant agencies. The group is unusually small, presumably to prevent media leaks, and the administration is not using the normal process of Interagency Policy Committee (IPC), Deputies Committee (DC), or Principals Committee (PC) meetings, the officials said. Another key official inside the discussions is Hof, who is leading the interactions with Syrian opposition leaders and U.S. allies.

The options that are under consideration include establishing a humanitarian corridor or safe zone for civilians in Syria along the Turkish border, extending humanitarian aid to the Syrian rebels, providing medical aid to Syrian clinics, engaging more with the external and internal opposition, forming an international contact group, or appointing a special coordinator for working with the Syrian opposition (as was done in Libya), according to the two officials, both of whom are familiar with the discussions but not in attendance at the meetings.

"The interagency is now looking at options for Syria, but it's still at the preliminary stage," one official said. "There are many people in the administration that realize the status quo is unsustainable and there is an internal recognition that existing financial sanctions are not going to bring down the Syrian regime in the near future."

After imposing several rounds of financial sanctions on Syrian regime leaders, the focus is now shifting to assisting the opposition directly. The interagency process is still ongoing and the NSC has tasked State and DOD to present options in the near future, but nothing has been decided, said the officials - one of whom told The Cable that the administration was being intentionally cautious out of concern about what comes next in Syria.

"Due to the incredible and far-reaching ramifications of the Syrian problem set, people are being very cautious," the official said. "The criticism could be we're not doing enough to change the status quo because we're leading from behind. But the reason we are being so cautious is because when you look at the possible ramifications, it's mindboggling."

A power vacuum in the country, loose weapons of mass destruction, a refugee crisis, and unrest across the region are just a few of the problems that could attend the collapse of the Assad regime, the official said.

"This isn't Libya. What happens in Libya stays in Libya, but that is not going to happen in Syria. The stakes are higher," the official said. "Right now, we see the risks of moving too fast as higher than the risks of moving too slow."

The option of establishing a humanitarian corridor is seen as extremely unlikely because it would require establishing a no-fly zone over parts of Syria, which would likely involve large-scale attacks on the Syrian air defense and military command-and-control systems.

"That's theoretically one of the options, but it's so far out of the realm that no one is thinking about that seriously at the moment," another administration official said.

Although the opposition is decidedly split on the issue, Burhan Ghalioun, the president of the Syrian National Council, earlier this month called on the international community to enforce a no-fly zone in Syria.

"Our main objective is finding mechanisms to protect civilians and stop the killing machine," said Ghalioun. "We say it is imperative to use forceful measures to force the regime to respect human rights."

Is the U.S. bark worse than its bite?

Rhetorically, the administration has been active in calling for Syrian President Bashar al-Assad to step aside and protecting the rights of Syrian protesters, despite the lack of clear policy to achieve that result. "The United States continues to believe that the only way to bring about the change that the Syrian people deserve is for Bashar al-Assad to leave power," White House spokesman Jay Carney said on Dec. 21.

On Tuesday, Dec. 27, the administration hinted at stronger action if the Syrian government doesn't let the Arab League monitors do their work. "If the Syrian regime continues to resist and disregard Arab League efforts, the international community will consider other means to protect Syrian civilians," State Department spokesman Mark Toner said in a statement.

The Syrian National Council (SNC), the primary organization representing the opposition, has been very clear that it is seeking more than rhetorical support from the United States and the international community. An extensive policy paper titled, "Safe Area for Syria," edited by SNC member Ausama Monajed, laid out the argument for armed intervention by the international community to aid Syrian civilians.

"The Syrian National Council (SNC) is entering a critical phase in the Syrian revolution whereby the hope of a continued campaign of passive resistance to an exceptionally brutal and unrestrained regime is becoming more and more akin to a suicide pact," the paper stated.

But Washington is uncomfortable acting in concert with the SNC: Officials say there is a lack of confidence that the SNC, which is strongly influenced by expatriate Syrians, has the full support of the internal opposition. U.S. officials are also wary of supporting the Syria Free Army, made up of Syrian military defectors and armed locals, as they do not want to be seen as becoming militarily engaged against the regime -- a story line they fear that Assad could use for his own propaganda, officials said.

There is also some internal bureaucratic wrangling at play. This summer, when the issue of sending emergency medical equipment into Syria came up in a formal interagency meeting, disputes over jurisdiction stalled progress on the discussion, officials told The Cable. No medical aid was sent.

So for now, the administration is content to let the Arab League monitoring mission play out and await its Jan. 20 report. The officials said that the administration hopes to use the report to begin a new diplomatic initiative in late January at the U.N. Security Council to condemn Assad and authorize direct assistance to the opposition.

The officials acknowledged that this new initiative could fail due to Russian support for the Assad regime. If that occurs, the administration would work with its allies such as France and Turkey to establish their own justification for non-military humanitarian intervention in

Syria, based on evidence from the Arab League report and other independent reporting on Assad's human rights abuses. This process could take weeks, however, meaning that material assistance from the United States to the Syrian opposition probably wouldn't flow at least until late February or early March. Between now and then, hundreds or even thousands more could be killed.

There is also disagreement within the administration about whether the Arab League observer mission is credible and objective.

"This is an Arab issue right now, and the Arab League is really showing initiative for the first time in a long time," said one administration official.

"[The Arab League monitoring mission] is all Kabuki theatre," said another administration official who does not work directly on Syria. "We're intentionally setting the bar too high [for intervention] as means of maintaining the status quo, which is to do nothing."

Andrew Tabler, a fellow at the Washington Institute for Near East Policy, said that the administration was caught off-guard by how the opposition became militarized so quickly. The administration's message had been to urge the opposition to remain peaceful, but that ship has now sailed, he said.

"We have a pretty strong policy of not engaging the Syria Free Army directly, because earlier it was agreed that peaceful protesters had the moral high ground over the regime and were more able to encourage defections," he said. "But there was no clear light at the end of that peaceful protest strategy. We assumed, incorrectly, that the civil resistance strategies used in Egypt and Tunisia were being adopted by the Syrian opposition, but that didn't happen."

Most experts in Washington have a deep skepticism toward the Arab League monitoring mission. For one thing, it is led by a Sudanese general who has been accused of founding the Arab militias that wreaked havoc in Darfur. Also, many doubt that 150 monitors that will eventually be in Syria can cover the vast number of protests and monitor such a large country.

The Assad regime has also been accused of subverting the monitoring mission by moving political prisoners to military sites that are off-limits to monitors, repositioning tanks away from cities only when monitors are present, and having soldiers pose as police to downplay the military's role in cracking down on the protesters.

"It seems awfully risky for the U.S. to be putting its chips all in on that mission," said Tony Badran, a research fellow with the conservative Foundation for Defense of Democracies. "There never was a serious mechanism for it to be a strong initiative."

Badran said that the Arab League monitoring mission just gives the Assad regime time and space to maneuver, and provides Russia with another excuse to delay international action on Syria.

"Now you understand why the Russians pushed the Syrians to accept the monitors," he said. "It allows the Syrians to delay the emergence of consensus."

Brian Katulis, a senior fellow at the Center for American Progress, said the administration is trying to balance the value of protecting civilians with the interests of trying to ensure a measure of stability in Syria.

"The biggest thing is extensive consultation with as many international allies as possible. That's another feature of this administration," said Katulis. "And when change does come to Syria, the Syrians have to own it."

National Security Council spokesman Tommy Vietor did not respond to requests for comment.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern